

Systemwechsel – als Forschungsthema noch aktuell?

Von Aurel Croissant, Heidelberg

Der Wechsel autoritärer und „totalitärer“ politischer Systeme zu pluralistischen Demokratien war im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert zu einem der beherrschenden Probleme auf der politischen Agenda zahlreicher Länder in Osteuropa, Lateinamerika, Asien und Afrika avanciert. Seit dem Beginn der dritten Demokratisierungswelle in Südeuropa (1974ff.) bis zum Jahre 2001 hat sich die Zahl der Demokratien vervierfacht. Kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, am Beginn des „kurzen“ 20. Jahrhunderts (Hobsbawm) erfüllten mit der Einführung allgemeiner und freier Wahlen knapp 30 Länder das institutionelle Minimum der Demokratie. Anfang der 70er Jahre waren es schon knapp 40 Staaten. Die Zahl der Demokratien stieg dann gleichsam explosionsartig bis zum Jahre 2001 auf 120 oder 62% aller unabhängigen Staaten der Erde. Die meisten demokratischen Zugewinne waren im Zeitraum zwischen 1990 und 1996 zu verzeichnen. Allein während dieser Periode stieg die Zahl der Demokratien um mehr als die Hälfte, wobei die meisten Transformationen im ehemals sowjetisch beherrschten Raum sowie in den Entwicklungsländern in Asien und Afrika stattfanden.

Bereits dieser kursorische Blick auf die Bilanz eines Jahrhunderts der Systemwechsel zeigt, dass dieses Forschungsthema nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat. Vielmehr hat der Forschungsgegenstand in der gerade abgelaufenen Dekade noch an Bedeutung gewonnen. Dies gilt freilich nur, wenn unter Systemwechsel ein Prozess verstanden wird, der sowohl die Auflösung alter und den anschließenden Aufbau neuer Herrschaftsstrukturen umfasst als auch die Institutionalisierung substantiell neuer

Kriterien zur Regelung des Zugangs und des Verlustes von politischen Herrschaftspositionen. Gerade die Institutionalisierung demokratischer Verfahren, d.h. der Prozess, mittels dessen ein spezifisches Set politischer Verfahren und Regeln die Fähigkeit ausbildet, autoritativ und effektiv das politische Verhalten von Akteuren zu leiten, diesen Erwartungssicherheit zu bieten und somit Geltungskraft zu entwickeln, ist nicht mit der Einführung einer Verfassung oder der Durchführung von demokratischen Wahlen bereits abgeschlossen.

Zahlreiche empirische Beiträge der Systemwechselforschung haben in den letzten Jahren gezeigt, dass der Systemwechsel mit der Demokratisierung keineswegs erledigt ist. Vielmehr ist der Weg zur institutionalisierten und konsolidierten Demokratie häufig problembeladen und langwierig, und der Zielpunkt ist oftmals unsicher. Noch vor der Ökonomie und der Soziologie ist es vor allem die Politikwissenschaft und die politikwissenschaftliche Regionalforschung, die sich herausgefordert fühlen müssen, Verlauf und Ursachen der politischen Systemwechsel zu erklären, die Konsolidierungschancen der jungen Demokratien herauszuarbeiten und die spezifischen Probleme demokratischen Regierens in jungen Transformationssystemen zu durchleuchten. Dies gilt unvermindert auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Gleichwohl wissen wir, dass empirische Forschungstrends und Theorieentwicklungen gleichermaßen wissenschaftlichen Konjunkturzyklen folgen. Dies gilt nicht zuletzt für die politikwissenschaftliche Systemwechselforschung. Während das Forschungsinteresse der „Transitologen“

in den 50er und 60er Jahren auf die strukturellen Erfordernisse der Entwicklung zur Demokratie gerichtet war, schwenkte die Aufmerksamkeit im folgenden Jahrzehnt auf die Frage nach den Ursachen für die Entwicklung zur Autokratie. Eine weitere Dekade später wurde die alte Forschungsfrage in veränderter Form erneut aufgegriffen, nun vor allem mit handlungstheoretischem Rüstzeug. In den 90er Jahren trat die Beschäftigung mit Ursachen, Bedingungen und Modellen der Konsolidierung junger Demokratien in den Vordergrund.

Der Verlauf dieses Konjunkturzyklus folgte offensichtlich den politischen Gezeiten. Unter Rückgriff auf Samuel Huntingtons drei Demokratisierungswellen kann festgestellt werden, dass jede Welle und jede Gegenwelle der Transformationsforschung eine neue Richtung gab. Die erste und zweite Demokratisierungswelle der 40er bis frühen 60er Jahre bildeten den empirischen Hintergrund für die modernisierungstheoretische Debatte um Seymour Martin Lipset u.a. Die Forschung der 70er Jahre war wiederum wesentlich durch eine wenige Jahre zuvor einsetzende autokratische Gegenwelle beeinflusst, in deren Verlauf in Afrika, Lateinamerika und dem pazifischen Asien eine ganze Reihe autoritärer „Rückschläge“ zu verzeichnen waren. Der *Breakdown of Democratic Regimes*¹ wurde zum Fokus der Transformationsforschung. Auf dem Höhepunkt der Beschäftigung mit den Ursachen des Entstehens „nicht-demokratischer“ Regime entfaltete die dritte Demokratisierungswelle ihre Dynamik. Sie bildete den Auslöser für den Aufstieg der „Transitology“ zu einer „Protowissenschaft der Demokratisierung“, zu der sich mit dem Abflauen der letzten großen Demokratisierungswelle des 20. Jahrhunderts die „Consolidology“ gesellte².

Verbunden damit war eine institutionelle Wende in der Transitionsforschung. Die institutionelle Variable wurde in den Studien zur Konsolidierung neuer Demokratien insofern relevant, als der institutionelle Kontext der *Breakdown*-Studie quasi spiegelbildlich für die Konsolidierungssequenz nutzbar wurde: Was bislang als negativer institutioneller Faktor identifiziert werden konnte, da es den Zusammenbruch demokratischer Regime begünstigte, wurde nun von der anderen Seite betrachtet: Institutionelle Konstruktionen wurden positiv beurteilt, wenn sie demokratische Zusammenbrüche nicht begünstigt hatten. Seinen optimistischen Ausdruck fand dieser Ansatz in der Sichtweise, dass Demokratien – trotz ungünstiger ökonomischer und soziokultureller Kontextbedingungen – „gemacht“ werden könnten. Sofern ein günstiges oder optimales institutionelles Design gewählt würde, würde dies der Demokratisierung eine Art institutionellen Eigenantrieb verleihen. Die zentrale Forschungsfrage lautet hier also: Wie lassen sich Systemwechsel institutionell bändigen, die Handlungskontingenzen der Akteure begrenzen und positive Anreize für den Wechsel zur (liberalen) Demokratie gestalten?

In den ersten beiden Phasen der Demokratisierungsforschung wurde meist mehr implizit als explizit davon ausgegangen, dass jungen Demokratien im Wesentlichen zwei

Entwicklungswege offenstehen: zurück in die autoritäre Vergangenheit oder vorwärts in die Zukunft der gefestigten liberalen Demokratie. Im Gefolge der Konsolidierungsforschung hat die Frage nach den Entwicklungspfaden und Entwicklungsmöglichkeiten der liberalen Demokratie eine intensive und fruchtbare Auseinandersetzung mit Konzepten, Theorien und Modellen für die Erklärung von erfolgreichen, stockenden oder gescheiterten Prozessen der Konsolidierung junger Demokratien eingeläutet. In den letzten Jahren verdichteten sich nun jedoch die empirischen Hinweise darauf, dass die letzte Demokratisierungswelle des 20. Jahrhunderts weniger ein Triumph des demokratischen Liberalismus als vielmehr die Erfolgsgeschichte „defekter“ Demokratien werden könnte. Mit anderen Worten gewann die Frage (erneut) Relevanz, *wohin* politische Systemwechsel führen.

Für eine große Zahl junger Demokratien sind die prägenden Fragen der Systemwechselforschung der 80er und 90er Jahre nach den Ursachen und Verlaufsmustern von Demokratisierungsprozessen, den institutionellen Stützungsmöglichkeiten demokratischer Transformation, der Rolle von Parteien, Verbänden, Militär oder Zivilgesellschaft in den Systemwechseln und nach den politisch-kulturellen „Unterfütterungen“ weiterhin aktuell. Für die „erfolgreichen“ Systemwechsel des letzten Vierteljahrhunderts hingegen, wie etwa die Mehrzahl der ostmitteleuropäischen Staaten (Tschechien, Ungarn, Polen, Litauen und Estland) oder Taiwan, haben diese „klassischen“ Fragen der Systemwechselforschung sicherlich an Relevanz verloren. Das Forschungsthema fächert sich für diese Fälle zunehmend in Richtung auf Untersuchungsgebiete aus, wie sie auch von der allgemeinen Vergleichenden Politikwissenschaft für die etablierten Demokratien der OECD-Welt diskutiert werden. Gleichwohl bildet der Systemwechsel hier weiterhin eine spezifische Kontextvariable. Daher rückt in den letzten Jahren in der Systemwechselforschung zunehmend eine Forschungsfrage stärker in den Mittelpunkt, die in ihrer Perspektivenwahl einen neuen Trend widerspiegelt: die Frage nach den sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen des politischen Wandels zur Demokratie und nach den wirtschaftlichen und sozialen Sekundäreffekten des Systemwechsels.

Systemwechselforschung hat auch in Deutschland eine lange Tradition, die bis in die 60er Jahre zurückreicht, wengleich sie damals anders genannt wurde. Auch in der Bundesrepublik ist dieser Forschungsstrang vor allem in den 90er Jahren in den Rang einer boomenden Wissenschaftssparte aufgestiegen. In der deutschen Politikwissenschaft hat sich unter anderem der Arbeitskreis „Systemwechsel“ innerhalb der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) seit seiner Gründung 1993 mit dieser wissenschaftlichen Aufgabe beschäftigt. An der Tagungs- und Publikationstätigkeit des Arbeitskreises lässt sich anschaulich und ohne Anspruch auf Vollständigkeit die Entwicklung der Themenstellungen in der deutschsprachigen Transformationsforschung aufzeigen. In insgesamt sieben Tagungen und sechs Publikationen hat

sich der Arbeitskreis mit unterschiedlichen Ausschnitten aus dem Forschungsthema beschäftigt. Während am Anfang die Beschäftigung mit Theorien und Konzepten der Transformationsforschung stand³, wurden in den darauf folgenden Jahren Probleme der Institutionenbildung⁴, die Rolle der politischen und gesellschaftlichen Akteure wie Parteien⁵, Verbände⁶ und Zivilgesellschaft⁷ diskutiert. Der neue Skeptizismus in der Systemwechselforschung hat auch in der Tätigkeit des Arbeitskreises seine Spuren hinterlassen. Die Frage der verzögerten oder gescheiterten Systemtransformationen und das Entstehen hybrider Regime⁸ waren ebenso Thema wie die Frage nach den Voraussetzungen erfolgreicher Demokratisierung in den für jede politische Ordnung, insbesondere aber für Demokratien zentralen Bereichen der Staatlichkeit und Nationsbildung⁹. Die Annäherung der Forschungsthemen der Systemwechselforschung an die Fragestellungen der allgemeinen Vergleichenden Politikwissenschaft zeigt sich deutlich im Perspektivenwandel von der Betrachtung der Auswirkungen von ökonomischen, politischen, kulturellen und internationalen Prozessen auf die Chancen demokratischer Entwicklung hin zur Beschäftigung mit der Frage, wie die spezifischen Herausforderungen und Bedingungen demokratischer Transformation auf das konkrete Profil der Politikproduktion in jungen Demokratien, etwa im Bereich der wohlfahrtstaatlichen Politiken, durchschlagen.

Vor allem diese letzte Fragestellung, so kann perspektivisch der Blick gewagt werden, wird in den nächsten Jahren die Systemwechselforschung beeinflussen, ohne dass diese dadurch ihre gewachsene Identität als Forschung über den Wechsel politischer Ordnungen verlieren wird.

Dr. phil. Aurel Croissant ist Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

Kontaktadresse: aurel.croissant@urz.uni-heidelberg.de

¹ So der Titel eines Buches von Juan Linz und Alfred Stepan (Hrsg.), *The Breakdown of Democratic Regimes*, Baltimore und London (1978).

² So die ironischen Wortschöpfungen von Philippe C. Schmitter und Javier Santiso, „Three Temporal Dimensions to the Consolidation of Democracy“, in *International Political Science Review* 19 (1998) 1, 69–92.

³ Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung*, Opladen (1994).

⁴ Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider und Dieter Segert (Hrsg.), *Systemwechsel 2: Die Institutionalisierung der Demokratie*, Opladen (1996).

⁵ Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel 3: Parteien im Transformationsprozeß*, Opladen (1997).

⁶ Wolfgang Merkel und Eberhard Sandschneider (Hrsg.), *Systemwechsel 4: Die Rolle von Verbänden im Transformationsprozeß*, Opladen (1999).

⁷ Wolfgang Merkel (Hrsg.), *Systemwechsel 5: Zivilgesellschaft und Transformation*, Opladen (2000).

⁸ Petra Bendel, Aurel Croissant und Friedbert W. Rüb (Hrsg.), *Zwischen Diktatur und Demokratie. Zur Konzeption und Empirie demokratischer Grauzonen*, Opladen (2002).

⁹ Der siebte Band der Publikationsreihe ist gegenwärtig in der Vorbereitungsphase. Der Arbeitstitel lautet „Staat und Staatlichkeit in Systemwechseln“. Als Erscheinungsdatum ist die zweite Jahreshälfte 2002 avisiert.